

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 100 (2003)
Heft: 6

Artikel: Psychiatrische Pflege zu Hause : einzelne Krankenkassen haben Zahlungen eingestellt
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-840838>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Psychiatrische Pflege zu Hause: Einzelne Krankenkassen haben Zahlungen eingestellt

Seit mehreren Monaten bezahlen einzelne Krankenkassen die ärztlich verordnete psychiatrische Pflege zu Hause nicht mehr. Dies sei rechtswidrig, stellt Pro Mente Sana fest. Die Organisation unterstützt die betroffenen Patienten und fordert den Bund zum Handeln auf.

Denn wenn diese Krankenkassen sich weigern, die psychiatrische Pflege zu Hause – etwa eine oder zwei Stunden – zu bezahlen, müssen Menschen, die daheim leben können, auf einen Klinikaufenthalt ausweichen. Dies führt zu Mehrkosten.

Die Leistungsverweigerung sei klar rechtswidrig und diskriminiere psychisch kranke Menschen, erklärt die Organisation in einer Presseerklärung im März 2003. Dies widerspreche den anwendbaren Rechtsnormen sowie den dazu ergangenen Entscheiden von Bundesrat und Bundesgericht.

Der Vorsteher der Abteilung Kranken- und Unfallversicherung vom Bundesamt für Sozialversicherung (BSV), Vizedirektor Fritz Britt, hat in einem Interview im «Beobachter» die Betroffenen auf den Gerichtsweg ver-

wiesen. Dies sei für die Kranken unzumutbar, denn ein letztinstanzlicher Gerichtsentscheid könne erst in einigen Jahren erwartet werden. Der Bund könne aber durch entsprechende Weisungen oder Neuformulierungen einer Verordnungsbestimmung bewirken, dass innert kurzer Zeit alle Krankenkassen ihren Zahlungsverpflichtungen nachkämen, so Pro Mente Sana.

Die Organisation hat das BSV schriftlich ersucht, die entsprechenden Krankenkassen zur Zahlung der häuslichen psychiatrischen Pflege aufzufordern. Sie unterstützt auch den Vorstoss des Schweizerischen Berufsverbandes der Krankenschwestern und Krankenpfleger an die Eidgenössische Leistungskommission. Dieser fordert eine Änderung von Art. 7 der Krankenleistungsverordnung.

Der Rechtsdienst von Pro Mente Sana unterstützt PatientInnen, deren Krankenkasse die entsprechende Pflege nicht mehr bezahlt. *pd/cefa*

Beratungstelefon: Montag, Dienstag, Donnerstag, 9–12 Uhr; Donnerstag 14–17 Uhr. Tel. 0848 800 858 (12 Rp./Min.)

Sparprogramm mit massiven Auswirkungen

Das Eidgenössische Departement des Inneren soll im Jahr 2004 207 Millionen, im Jahr darauf 442 und 2006 692 Millionen Franken einsparen. Dabei sollen durch die Aussetzung des AHV-

Mischindexes 2006 110 Millionen, durch die Aufhebung des Beitrags an die AHV für die Flexibilisierung des Rentenalters zwischen von 2004 bis 2007 170 bis 255 Millionen und durch